

Basel, 17. Mai 2019

Stellungnahme der FDP.Die Liberalen Basel-Stadt zu den "Leitlinien der Alterspflegepolitik" im Kanton Basel-Stadt

1. Grundsätzliches

Wir begrüssen den Verzicht auf die übergeordneten "Allgemeinen Richtlinien" und die Beschränkung auf Leitlinien für die beiden Bereiche "55+" und "Alterspflegepolitik".

Auch begrüssen wir, dass die "Leitlinien zur Alterspflegepolitik" neu nach Themen gegliedert sind. Deshalb sind wir mit der vorgeschlagenen Neugliederung und der Prioritätensetzung einverstanden.

Die Leitlinien entsprechen der wohl grossmehrheitlich vorherrschenden Vorstellung von möglichst langer Selbstständigkeit und Eigenverantwortung bis ins hohe Alter und dass der Staat nur subsidiär eingreifen soll. Entsteht hingegen Pflegebedarf, soll so viel Hilfe wie nötig angeboten werden.

2. Was uns fehlt

Zu einem selbstbestimmten und verantwortungsvoll geführten Leben gehört je nach Krankheit auch das Recht auf den selbstbestimmten Tod. Die mehrheitlich vorhandene Einstellung in der Bevölkerung ist, dass der letzte Wunsch nach selbstbestimmtem Sterben respektiert wird und nicht durch behördliche Massnahmen verhindert oder erschwert wird. Gerade in staatlichen Institutionen sollte der Zugang zum selbstbestimmten Sterben klar geregelt sein.

Vorschlag: Der Kanton respektiert den Wunsch von Menschen nach selbstbestimmtem Sterben. Er formuliert Richtlinien, wie in seinen Institutionen mit dem selbstbestimmten Sterben umgegangen werden soll.

Weiter finden wir, dass der Kanton zusammen mit geeigneten Institutionen (Pro Senectute, GGG) fördern sollte, dass die Leute rechtzeitig erstens Patientenverfügungen und zweitens Vorsorgeaufträge erstellen und hinterlegen.

Vorschlag: Der Kanton unterstützt Institutionen, welche die Menschen dazu ermutigen, Patientenverfügungen und Vorsorgeaufträge zu erstellen und zu hinterlegen.

Für die FDP.Die Liberalen Basel-Stadt:

Dr. Roman Geeser, alt Grossrat
Max Pusterla, alt Grossrat
Edwin Tschopp, Vorstandsmitglied